

Die parlamentarische Demokratie als Form bürgerlicher Herrschaft

Wie wir uns die Wahlen im Speziellen als Prozedere, das wir einer Kritik unterwerfen, anschauen, wollen und müssen wir gleichzeitig ihre Einordnung in die gesamte demokratische Herrschaft leisten. Denn Wahlen sind schließlich *das* Ereignis und Erkennungsmerkmal einer Demokratie schlechthin.

Bei allen Debatten und Diskussionen, die privat, öffentlich oder politisch über die Demokratie geführt werden, fällt auf, dass die Demokratie an sich, also der eigentliche *Gegenstand*, nicht zur Disposition steht. Klar ist: Demokratie ist wichtig und Demokratie ist gut. Da mag es verschiedene Auffassungen geben, ob mensch die Demokratie erweitern mag oder was sich eine Demokratie denn alles geben dürfe, ob z.B. Faschisten in einem demokratischen Landtag etwas zu suchen hätten usw. – all diese Fragen schießen jedoch am eigentlichen *Kern* vorbei, die Demokratie *als solche* schwebt heiligenscheinartig über der Diskussion, sie steht nicht zur Debatte.

Wenn mensch über eine Sache diskutiert, sich aber nicht fragt: „Ist das prinzipiell etwas Gutes? Bringt mir das überhaupt was?“, sondern den Gegenstand der Diskussion als unumstößlichen Wert, als quasi-heiliges Gut betrachtet, ist das unserer Auffassung nach eine dumme Herangehensweise.

Die „Legitimation“ der Demokratie

Aber es gibt natürlich auch eine Legitimation für die Demokratie, die in den meisten Hirnen schon eingetränkt ist: Die Alternative zur Demokratie ist Diktatur, wer gegen Demokratie ist, der ist für Diktatur.

Das kann gerne jeder mal ausprobieren, indem mensch andere provoziert: „Ich finde Demokratie scheiße“ – „Aha... Du bist also eher für eine Diktatur oder wie?“, so oder so ähnlich wird in über 90% der Fälle die Antwort lauten.

Abgesehen davon, dass es logisch gesehen erst einmal ziemlicher Nonsens ist, nur rückwärts gerichtete – also negative – Konsequenzen aus der Ablehnung einer Sache zu ziehen (als ob z.B. jemand, der gegen den Kapitalismus eintritt, gleichzeitig für die Wiedereinführung des mittelalterlichen Feudalsystems plädieren müsste), ist diese Behauptung nicht mal ein Argument. Hier wird nur ein Zustand mit einem *schlechteren* Zustand verglichen. Demokratie ist in dieser Argumentationsstruktur nicht *für sich*, also nach ihrem Inhalt gut, sondern erst *im Verhältnis* zu einer anderen Form der Herrschaft. Auf diese Art der Legitimierung von bestehenden Herrschafts- und Gesellschaftsordnungen lässt sich somit die menschenfeindlichste und beschissenste Ordnung überhaupt verteidigen, denn es kann schließlich immer etwas *noch schlechteres* als das was ist gefunden werden.

Es ließe sich aber auch umgekehrt anstellen: Warum vergleichen wir die Demokratie nicht mit einem System, das besser ist als das heutige? Ein System, in dem Wohlstand und Luxus für alle zur Verfügung steht, in dem Arbeits- und Lebensbedingungen nach den Bedürfnissen der Menschen eingerichtet sind und sich niemand mehr 40 Stunden die Woche im Betrieb abrackern muss, um seine Stelle zu erhalten... Bei diesem Vergleich würde die Demokratie denkbar schlecht abschneiden. Daran sehen wir, dass diese scheinbare Legitimierungsstrategie für die Demokratie gar keine ist, da es nur eine Frage des Maßstabes ist, der in einem solchen Vergleich angelegt wird.

Staatsprogramm Nationalismus

Die Demokratie ist die aktuelle politische Organisation des Nationalstaates. Die Grenzen sind klar, Deutschland geht vom Rhein bis zur Oder, vom Bodensee bis zur Nordsee. Das deutsche Volk gibt sich nach der bürgerlichen Ideologie selbst die Herrschaftsform Demokratie, angeblich um ein *gutes Zusammenleben* aller zu gewährleisten. Das den Demokraten ab zukaufen fällt schwer, ist doch das Zusammenleben eher weniger von einem *schönen Leben*, von Bedürfnisbefriedigung und Lustausübung gekennzeichnet, sondern eher von *Arbeitszwang, wenig Schlaf und der allgegenwärtigen Konkurrenz, der sich jeder unterordnen muss*. Und wer nicht mitmacht, muss schauen, wo er oder sie sonst sein oder ihr täglich Essen herbekommt.

Was das Ziel der nationalen Organisation sein muss, ist natürlich der nationale Fortschritt, d.h. das Kollektiv, *zu dem man gehört*, voranzubringen, es besser zu machen, im Wettbewerb mit den anderen nationalen Kollektiven gut abzuschneiden... Kurz: Der Staatszweck der nationalen und demokratischen Herrschaft ist die *nationale Reichtumsproduktion*. Jeder Nationalstaat möchte selber mehr Reichtum anhäufen als die anderen Nationalstaaten, um die Nation zu glorreichen Zeiten zu führen, um „einen Platz an der Sonne“ (Kaiser Wilhelm) zu ergattern. Um das zu gewährleisten, benötigt die Demokratie eine starke Wirtschaft, die auf unterschiedlichste Weise organisiert sein kann, durchgesetzt, weil am meisten erfolgversprechend, hat sich die *kapitalistische Wirtschaftsweise*...

Kasten „Volk und Nation“

Der Nationalstaat ist – so die bürgerliche Ideologie – Produkt der Selbstbestimmung des „Volkes“. Und weil es überall andere „Völker“ gibt, die sich alle voneinander unterscheiden, ist die ganze Welt auch voll von Nationalstaaten. Zum „Volk“ gehört dabei, wer deutsche Blutlinien, also deutsche Abstammung hat. Nach bürgerlicher Ideologie ist das „Volk“ ein in sich homogener Körper, eine ziemlich einheitliche Masse, die einen „*Volkswillen*“ hat, der vom demokratischen Staat dann nur noch umgesetzt werden muss. Ganz besonders radikale Nationalisten meinen, die Demokratie wäre zur Durchsetzung deutscher Interessen untauglich und streben daher die *Volksgemeinschaft* an, solche Menschen nennt man auch Faschisten.

Bei näherer Betrachtung sollte auffallen, dass das propagierte „Volk“ und die es definierende Nation 1. nichts natürlich gewachsenes, sondern etwas konstruiertes, und 2. etwas, das voller Widersprüche steckt, ist. Widersprüche gibt es überall: Der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit (Arbeitgeber und Arbeitnehmer) ist nur der deutlichste. Jede Firma will immer mehr Geld machen und muss es auch, um in der Konkurrenz zu überleben, und jedeR lohnabhängige ArbeiterIn will immer mehr Geld verdienen und muss es auch, um sich selbst am Leben zu halten. Nationalistische Kampagnen wie z.B. „Du bist Deutschland“ sollen dann genau dem Zweck dienen, dass sich die lohnabhängige und arbeitende Bevölkerung für das „Große Ganze“, für den nationalen Standort aufopfert und selber kürzer tritt.

Bei allen Widersprüchen muss auffallen, dass die Nation und das ihr innewohnende „Volk“ eben doch nichts einheitliches sind, sondern einfach etwas, das zur Überdeckung der ihr immanenten Widersprüche dient.

Das Verhältnis von Ökonomie und Politik

Die Demokratie ist das aktuelle politische Herrschaftssystem der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, die Demokratie *benutzt* den Kapitalismus, um den nationalen Reichtum zu produzieren: Der demokratische Staat ist also eine der *Formen*, die die kapitalistische Gesellschaft aufrechterhalten. Das Grundgesetz garantiert das Recht auf Eigentum und somit die Marktwirtschaft; es gibt keine moderne Demokratie, die nicht auf einer kapitalistischen Wirtschaftsweise basiert.

Umgekehrt aber *benutzt* auch der Kapitalismus die Demokratie: Er profitiert davon, dass Deutschland billige Arbeitskräfte aus DrittWelt-Ländern importieren kann, unnütze AusländerInnen aber einfach abgeschoben werden können. Er profitiert davon, dass der Rechtsstaat seine Wirtschaftsweise sicherstellt und Diebe, Bankräuber und anderes asoziales Pack (das ja erst durch die herrschende Ordnung dazu geworden ist) wegsperret. Er profitiert davon, dass er in der Demokratie *international* produzieren kann, also Einkommens- und Steuerunterschiede ausnutzen kann, um höheren Profit sicherzustellen.

Zwischen Demokratie und Kapitalismus gibt es eine *Wechselbeziehung*, ähnlich wie einer Symbiose in der Natur: Die Demokratie stellt den Kapitalismus sicher und verdient daran gut (Steuern). Andererseits findet der Kapitalismus, solange er noch einigermaßen stabil ist, gute Verwertungsmöglichkeiten in der Demokratie.

Der bürgerliche Staat ist der Staat des Kapitals: Nicht, weil eine kleine Clique von Kapitalisten die Staatsgeschäfte kontrollieren würden, sondern weil die kapitalistische Klasse von der Einrichtung des Staates und der Gesellschaft profitiert. Der bürgerliche Staat richtet die Verhältnisse so ein, dass das Kapital wachsen kann und muss. Wenn Interessen großer Firmen (-> Wirtschaftskrise) höher gewertet werden als andere, ist das kein Zeichen von *fehlender* Demokratie. Der Demokratie sind nur diese wirtschaftlichen Interessen, die *Teilinteressen* der nationalen Interessen sind, wichtiger, als z.B. ein paar Mieter, die nun aus ihren Wohnungen hinweg gentrifiziert werden / ein Horde MilchbäuerInnen, die mit ihrer momentanen Situation unzufrieden sind.

Von Sachzwängen und Konkurrenz...

Wenn wieder das Arbeitslosengeld gekürzt oder das Rentenalter heraufgesetzt wird, verweisen die herrschenden Demokraten stets auf Sachzwänge, die sie schlicht dazu zwingen, so zu handeln und nicht anders. Die Herrschenden berufen sich damit aber auf Sachzwänge, *die sie selbst schaffen* und ohne die die Herrschenden selbst auch gar nicht mehr nötig wären, ist doch der demokratische Staat *Verwalter* des Kapitalismus.

Deutschland stellt sicher, dass in der Konkurrenzgesellschaft alle fleißig gegeneinander konkurrieren können, Firmen gegen Firmen, LohnarbeiterInnen gegen LohnarbeiterInnen, Arbeitslose gegen Arbeitslose... Deutschland stellt weiterhin sicher, dass die Konkurrenz *an sich* aufrechterhalten bleibt, indem es der Konkurrenz klare Regeln aufgibt: Arbeitsschutzgesetze, Kündigungsschutz, Verbot von Kartellen, gewerkschaftliche Autonomie,... Damit sorgt der Staat dafür, dass die Ware Arbeitskraft, die er so dringend für seinen nationalen Standort benötigt, zwar ordentlich verwertet werden kann, daran aber nicht kaputt geht: Ohne ArbeitnehmerInnenrechte etc. wäre die Ausbeutung der LohnarbeiterInnen um ein vielfaches gesteigert, sodass sie daran auch

kaputt gehen könnten (diese Erfahrung wurde z.B. zu Beginn der Industrialisierung in England gemacht)

Sich eine *eigentliche*, eine *richtige* Demokratie zu denken, die auch ohne Kapitalismus funktionieren könnte, macht wenig Sinn: Wer immer noch nicht begriffen hat, dass die mehrere hundert Jahre alte Erfolgsgeschichte der Demokratie auf der kapitalistischen Wirtschaftsweise *beruht*, ohne sie gar nicht zu denken wäre, die Demokratie den Kapitalismus *will* (das ist eine bewusste Entscheidung!) und missachtet, dass der demokratische Staat vom Kapitalismus *profitiert*, dem oder der können wir auch nicht mehr helfen.

Demokratische Interessenvermittlung

In der demokratischen Gesellschaft prallen verschiedene Partikularinteressen (d.h. Einzelinteressen) aufeinander: Die Wirtschaft will weniger Lohn zahlen, die Gewerkschaften wollen höheren Lohn haben, die Studierenden wollen keine Studiengebühren zahlen, der Staat erhebt welche, VermieterInnen wollen weniger für ihre Wohnungen ausgeben, MieterInnen wollen mehr Erleichterungen bekommen usw.... Also alles lauter Gegensätze, die sich nicht wirklich unter einen Hut bekommen lassen. Es existieren in dieser Gesellschaft verschiedene *Interessen*, die gegeneinander gerichtet sind.

Die Demokraten denken stets an das *Gemeinwohl*, an das höhere Gut, an den Erfolg des nationalen Standortes, der über alle Interessensgegensätze erhaben sein muss. So fordern sie von allen Einzelinteressen auch eine Unterordnung unter die nationalen Interessen – jedeR muss stets das Gesamtwohl im Auge haben, und wer dagegen verstößt, lernt die Härten des demokratischen Rechtsstaates kennen.

Ein *Gemeinwohl* in dem Sinne, dass jedes Mitglied der Gesellschaft davon profitieren würde, gibt es nicht. Wir leben nun mal in einer Konkurrenzgesellschaft, in der jedeR schauen muss, was er/sie aus der Konkurrenz für sich persönlich herausziehen kann. Wenn Opel in der Wirtschaftskrise gerettet wird, ist das nicht gut für alle, sondern gut für die Kapitaleigner. Und die ArbeiterInnen, die Beschäftigten von Opel, werden ein paar Jahre mehr ausgebeutet – Danke! Wenn die Herrschenden von *Gemeinwohl* sprechen, meinen sie das Wohl des nationalen Standortes, das *Wohl von Deutschland*.

Wenn es Interessenskonflikte in der Demokratie gibt, müssen die Partikularinteressen, um berücksichtigt zu werden, also immer auch der Nation einen Nutzen bringen – tun sie das nicht, sind es *egoistische* oder sogar *asoziale* Interessen. Es müssen ja egoistische Interessen sein, denn anders kann sich die Demokratie gar nicht vorstellen, dass jemand nicht am *großen Ganzen* teilhaben will. Wenn SchülerInnen für bessere Bildung streiken, weil sie mit den Lernbedingungen unzufrieden sind, dann vermitteln sie das u.a. folgendermaßen konstruktiv an die Politik: Sie appellieren an die Politik, dass sie von der besseren Bildung für die SchülerInnen ebenfalls profitieren würde, mit mehr Bildung würden die SchülerInnen der Gesellschaft später etwas zurückgeben können, also sei es kein *egoistischer* Anspruch, den die streikenden erheben, sondern einer, der das *Gemeinwohl* im Auge behält.

Hier hat sich eine *Wandlung*, eine *Transformation* des Arguments vollzogen: Der Ausgangspunkt war der, dass es Unzufriedenheit mit den vorgefundenen Lernbedingungen gibt, was zum Nachteil der davon betroffenen SchülerInnen ist.

Vermittelt wird das der Politik u.a. so, dass sie ja eigentlich *auch* für die eingeforderten Verbesserungen sein müsste, da Deutschland von einem klugen Nachwuchs ebenfalls profitieren würde. Die Forderung wird also so umgeformt, dass der nationale Standort auch seinen Gefallen daran finden kann, damit es sich *konstruktiv* an die Herrschaft richtet, ansonsten gibt es für die herrschenden Demokraten auch keinen Grund, diesem Interesse nachzugeben.

Diese spezielle Art der Vermittlung von Interessen lässt sich überall dort beobachten, wo Partikularinteressen gegenüber dem Gesamten geltend gemacht werden: Wenn das *große Ganze*, die herrschende Demokratie nichts an einem Einzelinteresse findet, gibt es auch keine Notwendigkeit, dies durchzusetzen.

Einzelinteressen haben also in dieser Gesellschaft nur dann eine Chance, wenn sie mit dem nationalen Wohl konform gehen, wenn das nationale Wohl *profitiert* von dem jeweiligen Einzelinteresse. Dass dies nicht der Ausgangspunkt des geltend gemachten Interesses ist, ist dabei nicht wichtig, wichtig ist die *Form*, die dieses Interesse im Laufe seiner Vermittlung annimmt.

Kasten: „Bürgerliche Freiheiten“

Viele Fans der bürgerlichen Demokratie meinen, in den ihnen zugestandenen Freiheiten wie Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit, Pressefreiheit etc. ein dickes Plus für die Demokratie erkennen zu können. Interessant, denn wir können in diesen Freiheiten eigentlich gar nichts so tolles entdecken.

Die Meinungsfreiheit, wohl eines der höchsten Güter der Demokratie, ist für die nationale Herrschaft eine sehr praktische Angelegenheit, um Kritik in Bahnen zu lenken, in der sie ihr nicht mehr gefährlich werden kann. Das ist schließlich der ganze Witz an der Meinungsfreiheit: JedeR darf seine/ihre Meinung frei sagen – und das war es dann auch schon! Es ist gerade das charakteristische an der Meinungsfreiheit, dass ihre Ausübung keine *notwendige Konsequenz* in der politischen Realität hat. Ähnlich verhält es sich mit den anderen Freiheiten, wie z.B. der Versammlungsfreiheit: „Die demonstrieren, wir regieren“ (Helmut Kohl) drückt doch sehr deutlich das demokratische Verständnis dieser Freiheiten aus. Und wenn mal eine Meinung oder ein Interesse geäußert wird, das für die Politik doch praktisch sein könnte, kann dieses auch problemlos eingearbeitet werden.

Außerdem halten wir es für eine ziemlich komische Angelegenheit, dass wir, um uns überhaupt erst versammeln zu *dürfen*, dafür die Erlaubnis einer staatlichen Gewalt benötigen. Denn die bürgerlichen Freiheiten sind nichts vorstaatliches, sondern erst der bürgerliche Staat *stellt sie uns zur Verfügung*.